

Beschlossen auf dem Landesparteitag am 29. und 30. Oktober in Kiel

DIE LINKE als plurale Partei verteidigen und stärken.

Vor 15 Jahren sind wir bundesweit und auch in Schleswig-Holstein aufgebrochen und haben DIE LINKE gegründet, eine Partei, wie es sie in Deutschland vorher noch nicht gab, „Linke einigend, demokratisch und sozial, ökologisch, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend.“

Diese Partei ist ein Erfolgsprojekt, denn wir haben 15 Jahre stabil unsere Alternativen zur herrschenden Politik in die öffentliche Diskussion gebracht, haben Initiativen und Bewegungen unterstützt, haben in den Parlamenten die Stimmen derer hörbar gemacht, die von den Regierenden allzu häufig überhört werden.

Wir erleben aktuell multiple Krisen – von der sozialen Krisen, die uns seit Gründung begleitet und sich gerade verschärft, über die Corona-Krise und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und dessen Auswirkungen. Über allem schwebt die sich verstärkende Klimakatastrophe, die geeignet ist, alle anderen Krisen zu verstärken, bis zur endgültigen existenziellen Bedrohung der menschlichen Zivilisation.

In dieser Situation kommt unserer Partei eine besondere Verantwortung zu, der wir gerade nicht gerecht werden. Deshalb wenden wir uns mit diesem Appell an unsere Mitglieder, die Vorstände von Partei und Bundestagsfraktion und geben dem neuen Landesvorstand den Auftrag, in diesem Sinne zu wirken:

1. Wir bitten all unsere Genoss*innen, die sich dem Gründungskonsens dieser pluralen LINKEN verpflichtet fühlen, sich aktiv einzubringen und gemeinsam mit allen guten Willens diese Partei zu verteidigen. Lasst uns darauf besinnen, warum wir diese Partei gegründet haben. Lasst uns in Regionalkonferenzen, Veranstaltungen, Debatten unser Inhalte und Strukturen erneuern und kämpfen wir um eine moderne sozialistische Partei auf Höhe der Zeit.
2. Wir appellieren an die Abgeordneten der Bundestagsfraktion: Das Mandat ist kein Privatverdienst, sondern von uns allen gemeinsam erkämpft. Deshalb haben auch unsere Repräsentant*innen die Aufgabe, diese nach außen geeint zu vertreten und nicht öffentlich im Frage zu stellen. Wir brauchen den Meinungsstreit und die Vielfalt nach innen, aber Pluralität im Rahmen einer Partei bedeutet auch, einmal gefasste Beschlüsse auch zu vertreten.
3. Wir sehen mit Sorge, dass ein kleiner Teil der Partei, der sich dem „Linkskonservatismus“ verschrieben hat, offen über eine Parteigründung spricht. Wir verteidigen die Einheit unserer Partei im Sinne unseres Grundkonsens. Wir lassen es nicht zu, dass unsere Wähler*innen oder unsere Themen gegeneinander ausgespielt werden. Soziales und Ökologie, Menschenrechte, Antifaschismus, Friedenspolitik, Feminismus und die Rechte queerer Menschen lassen sich nicht voneinander trennen.

Wir sind die Partei des Internationalismus, der Solidarität und des demokratischen Sozialismus.

4. Wir spielen nicht mit Fake News, bedienen keine nationalistischen Ressentiments, öffnen keine Flanke nach rechts. Wer meint, andere demokratische Parteien als gefährlicher als offen rechtsradikale Parteien diffamieren zu müssen, hat aus der Geschichte nichts gelernt: Der Feind steht rechts. Und im Zweifelsfall verteidigen wir gemeinsam mit Mitgliedern anderer demokratischer Parteien, bei allen Differenzen, bei aller notwendigen Kritik, demokratische und Freiheitsrechte gegen faschistische Bestrebungen und rechten Terror.
5. Wir appellieren an den Parteivorstand sowie an die Bundestagsfraktion und die Fraktionsvorsitzenden: keine Ressourcen und keine Redezeit für Mitglieder und Abgeordnete, die offen mit der Gründung einer konkurrierenden Partei spielen und die sich nicht an Programm und Beschlüsse der Partei gebunden fühlen. Wer wiederholt und vorsätzlich unserer Partei öffentlich schweren Schaden zugefügt hat, darf nicht öffentlich in unserem Namen reden.
6. Der Parteivorstand wird aufgefordert seinen Beschluss 2022/059 zu schärfen. In einem neuen Beschluss muss die Linksfraktion im Bundestag ganz klar aufgefordert werden, Sahra Wagenknecht aus der Fraktion auszuschließen. Es ist sicherzustellen, den Kräften die gegen die Beschlusslage der Partei sprechen kein Rederecht mehr zu geben.

Lasst uns unsere Partei verteidigen und auch in Zukunft gemeinsam für die Rechte von all denen streiten, die sonst nicht gehört werden. Lasst uns zeigen, dass DIE LINKE eben nicht, wie von vielen Menschen behauptet, am Ende ist, sondern gerade jetzt mehr denn je gebraucht wird. Lasst uns zeigen, dass eine andere, eine gerechtere Welt möglich ist!